

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	44. Plenarsitzung des Gemeinderates
	Termin: Vorlage Nr.: TOP:	13.11.2007 1181 17
KAL-Gemeinderatsfraktion vom: 24.10.2007 eingegangen: 24.10.2007	Verantwortlich:	öffentlich Dez. 2
Einrichtung eines sechsten Dezernats		

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Die Abschaffung des 6. Dezernats im Jahr 2003 erfolgte angesichts einer schwierigen Haushaltssituation und der angelaufenen Verwaltungsmodernisierung. Ziele waren Kosteneinsparungen und Verschlankung der Verwaltung. Personalkosten konnten in den Folgejahren eingespart werden.

Die letzten Jahre haben aber auch gezeigt, dass die Anforderungen an die verbleibenden fünf Dezernate deutlich gewachsen sind. Zugenommen haben sowohl die zeitliche Inanspruchnahme wie auch die steuernde Funktion der Dezernenten. Die Wiedereinrichtung eines 6. Dezernats würde dem politischen Gestaltungswillen besser gerecht werden und kann Kapazität und Raum schaffen, um Zukunftsthemen zu platzieren.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
siehe jährliche laufende Kosten	nein	derzeit nicht vorhanden	rd. 410.000 € pro Jahr		
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition: Ergänzende Erläuterungen:					
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Zum 31.12.2003 endete die Amtszeit von Frau Bürgermeisterin Heinke Salisch. Im Rahmen der Beratungen des Doppelhaushalts 2003/2004 hat der Gemeinderat im Februar 2003 mehrheitlich entschieden, die Dezernentenfunktion nicht erneut zu besetzen, sondern vielmehr die Aufgaben auf die verbleibenden fünf Dezernate zu verteilen. Die Stadt Karlsruhe befand sich seinerzeit in der schwierigsten Haushaltssituation der letzten Jahre. 2002 war es erstmals nicht möglich, den Verwaltungshaushalt sowohl planmäßig wie auch im Rechnungsergebnis auszugleichen. Die gerade eingeleitete Verwaltungsverschlinkung (Ämterbündelungen) sollte sich auch auf der obersten Managementebene widerspiegeln.

Als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung wurde eine jährliche Kosteneinsparung in Höhe von rund 575.000 € angenommen. Es wurden dabei die Arbeitsplatzkosten angesetzt, die der damaligen gutachterlichen Empfehlung der KGSt entsprachen. Die Arbeitsplatzkosten beinhalten die Personalkosten (einschließlich Versorgungszuschlägen, Sozialleistungen, Arbeitgeberanteile), Sachkosten (Einrichtung und Ausstattung, Miete und Betrieb der Räume, Kosten für den Einsatz von IuK-Technik usw.) und die Gemeinkosten. Im Einzelnen setzten sich die Kosten wie folgt zusammen:

a) Bürgermeister B7	188.110 €/Jahr
b) sowie	
- 3 Dezernatsmitarbeiter A 15/A 14/ V b BAT,	
- ein Bürgermeisterfahrer,	
- Fahrzeugkosten für ein Dienstfahrzeug	
- anteiligen Personalkosten für Vertretung der Dezernatsmitarbeiter durch andere Dienststellen	
mit einem errechneten Gesamtaufwand von	386.820 €/Jahr
<hr/>	
Gesamtarbeitsplatzkosten	574.930 €/Jahr

Die zum 01.01.2004 freigesetzten Dezernatsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter konnten im Jahr 2004 auf freie oder freigewordene bezahlungsangemessene Planstellen umgesetzt werden. Die Streichung der Stelle eines Bürgermeisterfahrers wurde im Zuge der bereits zuvor angestrebten Poollösung für die Fahrbereitschaft und einer Altersteilzeitregelung am 01.01.2005 realisiert. Im Rahmen der Poollösung wurde 2004 bereits ein Fahrzeug abgeschafft. Die angesetzten anteiligen Personalkosten für die Vertretung der Dezernatsmitarbeiter konnten nicht eingespart werden, denn die weggefallenen Dezernatsvertretungen führten bei den davon betroffenen Dienststellen nicht wie angenommen zu weiteren Einsparungen. Somit erfolgten die Personaleinsparungen aus der Stellenstreichung und aus anderen organisatorisch geplanten Maßnahmen.

Die Erfahrungen der zurückliegenden nahezu vier Jahre haben aber auch gezeigt, dass die Entlastungen bei den Dezernaten durch die Ausgliederung von Aufgaben in die Gesellschaften nicht in dem erhofften Umfang eintraten. Sie haben zwar zu einer Entlastung auf der operativen Ebene, nicht aber auf der strategischen Ebene in den Dezernaten geführt. Gerade Großprojekte wie die Neue Messe, Schlachthofareal, Wildparkstadion, Freizeitbad etc. verursachen einen erheblichen strategischen Steuerungsaufwand in den jeweiligen Fachdezernaten. Die Realisierung neuer Großprojekte und Zukunftsaufgaben wie die Kombi-Lösung, evtl. die BUGA und die Umsetzung der Masterplanprojekte werden den Steuerungsaufwand noch weiter erhöhen.

Daneben ist festzustellen, dass aufgrund der Umverteilung die Arbeitsbelastung in den Dezernaten deutlich zugenommen hat, bei gleichzeitig gestiegenen Erwartungen nach größerer Bürgernähe und Präsenz der politischen Funktionsträger in der Öffentlichkeit. Durch ein neu erwachtes Interesse der Bürgerinnen und Bürger, an der Gestaltung ihrer unmittelbaren Wohnumgebung mitzuwirken, entstand ein neues Handlungsfeld für die kommunale Politik und Verwaltung. In Karlsruhe wurde dies exemplarisch an den Modell-Beteiligungsprozessen Nordstadt-Amerikanersiedlung und Sanierung Weststadt deutlich. Mit dem neuen Geschäftsbereich "Stadtteilentwicklung und Bürgerbeteiligung" wurde dieser Entwicklung Rechnung getragen. In den nachfolgenden Beteiligungsverfahren (Südstadt, Oststadt, Innenstadt-West, City-West) zeigte sich ein lebhaftes Mitgestaltungsinteresse der angesprochenen Bürgerinnen und Bürger. Es wurde auch rasch deutlich, dass die Rückmeldung aus Bürgerforen und Arbeitskreisen sich verstärkt an die Politik als Ansprechpartner richtet und eine Ansprache nur der Verwaltung als nicht ausreichend erachtet wird. Auch das im weiten Feld des bürgerschaftlichen Engagements zentrale Instrument der Anerkennung und Würdigung von Leistungen kann nur durch Verantwortungsträger der Politik abgedeckt werden. Mit der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine wurde vereinbart, bei Bedarf gemeinsame Bürgerversammlungen der Bürgervereine und der Stadtverwaltung durchzuführen. Seit 2004 wird diese Möglichkeit verstärkt in Anspruch genommen, die Bürgerversammlungen werden rege besucht. Geleitet werden sie vom Oberbürgermeister oder einem Dezernenten. Auch die statistische Erfassung der Vertretung der Stadt bei Veranstaltungen Dritter (OB-Vertretungen) zeigt eine jährliche Steigerung der Termine. Wurden 2003 insgesamt 292 OB-Vertretungen gezählt, sind es in diesem Jahr bereits 385.

Unzweifelhaft kann die Verteilung der Aufgaben auf sechs Dezernate dem politischen Gestaltungswillen besser gerecht werden. Sie schafft Kapazität, um Zukunftsthemen zu platzieren und kann für eine optimierte Verwaltungssteuerung der Zukunft zielführend sein.

Dabei sollte, die Einrichtung eines 6. Dezernats i. S. d. bisherigen Karlsruher Wegs schlank umgesetzt werden. So sollte auf einen weiteren Bürgermeisterfahrer und ein zusätzliches Bürgermeisterfahrzeug verzichtet werden. Bei Engpässen können kurzfristig Fahrer ggf. mit Fahrzeug bei entsprechenden Anbietern vor Ort angemietet werden. Mit diesem Modell konnten bereits erste positive Erfahrungen gesammelt werden.

Eine Sachbearbeiterstelle im jetzigen Dezernat 2 ist dann auch entbehrlich, so dass sich die Kostensituation wie folgt darstellen kann:

a) Bürgermeister B7 199.000 €

b) sowie

- 3 Dezernatsmitarbeiter A 15/A 14/ E 08

- einkalkulierte zusätzliche Kosten für die Anmietung
von Fahrer und Fahrzeug

mit einem errechneten Gesamtaufwand von

303.700 €

abzüglich 3. Sachbearbeiterstelle Dez. 2 A 12

93.300 €

Gesamtarbeitsplatzkosten*

409.400 €

* (Es fanden die aktuellen KGSt-Werte Berücksichtigung.)